

+++ PRESSEMITTEILUNG +++ PRESSEMITTEILUNG +++

Eltern fordern Wahlfreiheit

Bonn/ Berlin, 13. Juli 2015 – Heute haben die Petentinnen Christina Baris, Julia Fertig und der Petent Hanno Köhncke vom Verein „Mother Hood e.V.“ dem Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen (GKV-SV) über 170.000 Namen übergeben, die die Petition www.change.org/elternprotest gezeichnet haben und das Anliegen des Vereins unterstützen. Im Namen des GKV-SV nahm in dessen Räumen Johann-Magnus Freiherr von Stackelberg, stellvertretender Vorsitzender des GKV-SV, die gut 5.000 A4-Blätter entgegen.

Die Petition wurde gestartet, als bekannt wurde, dass die gesetzlichen Krankenkassen erstmals aus der umfassenden Versorgung der Frauen mit Hebammenhilfe aussteigen wollen. Mit der Petition fordert Mother Hood e.V. den GKV-SV auf, dass auch zukünftig die Kosten für die Hebammenhilfe unabhängig vom Geburtsort und Geburtstermin von den gesetzlichen Krankenkassen übernommen werden.

Denn nach dem Willen des GKV-SV dürfen sich Frauen künftig nur noch unter sehr eingeschränkten Voraussetzungen für eine außerklinische Geburt als Kassenleistung entscheiden. Dazu zählt unter anderem, dass sich Frauen nach dem so genannten errechneten Termin für die Geburt (ET) einer Zwangsuntersuchung bei einem Gynäkologen unterziehen müssen. Ansonsten übernehmen die Krankenkassen die Kosten nicht. Doch die Berechnung des ET ist umstritten, die Übertragung um bis zu 14 Tage gilt keinesfalls als Risiko. Die wissenschaftlichen Beweise für die Sinnhaftigkeit seiner Pläne bleibt der GKV-SV nach wie vor schuldig. Zudem schränken diese Pläne die Wahlfreiheit und Selbstbestimmung von Müttern bzw. Eltern in rechtlich unzulässiger Weise drastisch ein.

Bundeselterninitiative zum
Schutz von Mutter und Kind
während Schwangerschaft,
Geburt und 1. Lebensjahr

Mother Hood
Brahmsstr. 12a
53121 Bonn

info@mother-hood.de
www.mother-hood.de

Vorstand:
Eva Abert
Dr. phil. Katharina Hartmann
Christina Schröter



Qualität und Sicherheit sind in Gefahr

Schon heute können viele werdende Eltern nicht mehr frei entscheiden, wo ihr Kind geboren werden soll. Nur noch wenige Hebammen bieten überhaupt außerklinische und/oder Beleggeburtshilfe an. Denn die meisten können die enorm angestiegenen Berufshaftpflichtprämien nicht mehr bezahlen. Dabei wurden 2011 noch 150.000 Geburten durch freiberufliche Hebammen begleitet. In Bayern kommen etwa 50 Prozent der Kinder mit Hilfe der Freiberuflerinnen zur Welt.

→ Im Zuge einer erneuten Steigerung der Haftpflichtprämien um bis zu 23 Prozent ab 1. Juli sind abermals viele Hebammen aus der Geburtshilfe ausgestiegen. Waren es bis zum 30. Juni noch 3.500 freiberufliche Hebammen, bieten nun nur noch 2.348 Geburtshilfe an. Ein Teil davon gibt ihren Beruf ganz auf und steht damit auch für die Schwangerenvorsorge und die Wochenbettbetreuung nicht mehr zur Verfügung. Die Versorgungslage für Frauen und Kinder nach der Geburt erfährt damit einen neuen Tiefpunkt.

Auch zahlreiche Kliniken leiden unter der Situation, denn Geburtshilfe ist auch für sie kaum mehr zu versichern. Dies und der Mangel an Hebammen führen vielerorts zu Kreißsaalschließungen oder schlechten Betreuungssituationen. Oft ist eine Hebamme für mehrere Frauen gleichzeitig zuständig. Qualität und Sicherheit für Mutter und Kind sind in Gefahr.

Rückkehr zu DDR-Verhältnissen

Die gesamte berufliche Zukunft insbesondere der freiberuflichen Hebammen ist sehr ungewiss. Nimmt man Ann Marini, stellvertretende Pressesprecherin des GKV-SV beim Wort, dann werden freiberufliche Hebammen nicht gebraucht. So ihre sehr deutliche Aussage in der Radiosendung „Redezeit“ (NDR Info) am 8. Juli 2015.

Dabei sind es ausschließlich diese freiberuflichen Hebammen, die nach der Geburt eine qualifizierte Wochenbettbetreuung bei den Familien zu Hause leisten. Ein Wegfall dieser Leistung ist im jetzigen System durch Kinderärzte, Gynäkologen und Hausärzte nicht aufzufangen. Eine Rückkehr zu DDR-Verhältnissen mit zentralisierter Mütterberatung steht zu befürchten.

Die Folgen der Verschlechterungen in der Geburtshilfe werden nicht nur Kinder und Eltern zu spüren bekommen. Erhöhte Kaiserschnittraten und niedrige Stillquoten sowie eine schlechte Betreuung führen nachweislich zum Anstieg bestimmter Krankheitsbilder, wie Diabetes, Asthma, Allergien, postpartaler Depression usw. und damit auch zu volkswirtschaftlichen Schäden.



Zur weiteren Information

Wahlfreiheit

Laut Sozialgesetzbuch haben gesetzlich Versicherte die freie Wahl darüber, wo und wie ihr Kind zur Welt kommen soll. Dabei entscheidet sich der Großteil für eine Geburt im Krankenhaus. Nur 1,5 bis 2 Prozent aller Geburten finden außerklinisch, d.h. in einem Geburtshaus oder zu Hause, statt. Studien belegen, dass diese Geburten in vergleichbaren Gruppen deutlich interventionsärmer und komplikationsfreier verlaufen als Klinikgeburten. Nur 18 Prozent der Geburten müssen aufgrund des Geburtsverlaufs ins Krankenhaus verlegt werden und werden dort zur Hälfte auf natürlichem Wege beendet. Dem gegenüber steht eine Kaiserschnittquote von durchschnittlich 30 Prozent bei allen in der Klinik begonnenen Geburten. Klinische und außerklinische Geburten liegen bei Mütter- und Säuglingssterblichkeit gleichauf.

Über "Mother Hood e.V."

Die Bundeselterninitiative „Mother Hood e.V.“ setzt sich u. a. für eine echte Wahlfreiheit in Bezug auf den Geburtsort und den Geburtsmodus im Sinne einer sicheren, evidenzbasierten Geburtshilfe in Deutschland ein. Der Verein geht aus der Facebookgruppe "Hebammenunterstützung" mit 16.000 Mitgliedern hervor und wurde am 22. März 2015 gegründet. Mit zahlreichen Aktionen machen Eltern seit Februar 2014 auf die größer werdenden Missstände in der geburts-hilflichen Versorgung in Deutschland aufmerksam. Mother Hood ist bundesweit mit zahlreichen weiteren Initiativen rund um das Thema Geburt vernetzt.

Kontakt

Michaela Skott
-Presse- und Öffentlichkeitsarbeit-

Tel: + 49 172 902 323 8
presse@mother-hood.de